

II-2831 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1482 /J

A N F R A G E

1988 -01- 14

der Abgeordneten Dkfm. Ilona Graenitz
und Genossen
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Anfragebeantwortung der Anfrage vom 6. November 1987,
Nr. 1193/J, betreffend den Bericht über die beabsichtigten
Sofortmaßnahmen zur Verwendungsbeschränkung von
Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen in allen Bereichen,
insbesondere in Spraydosen, gemäß der Entschliebung
des Nationalrates vom 4. Juni 1987

Am 24. Februar 1987 wurden in einem Entschliebungsantrag der
Abgeordneten Dr. Haider und Kollegen Sofortmaßnahmen zur
Verwendungsbeschränkung von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen
gefordert. Gleichzeitig wurde eine parlamentarische Anfrage der
Abgeordneten Dkfm. Ilona Graenitz und Genossen betreffend Verbot
von Treibgas in Spraydosen an den Bundesminister für Umwelt, Ju-
gend und Familie gerichtet. Der genannte Entschliebungsantrag
wurde in der Sitzung des Umweltausschusses vom 1. April 1987 ver-
handelt und an einen Unterausschuß verwiesen. In einer Sitzung
dieses Unterausschusses am 28.4.1987 wurde kein Einvernehmen er-
zielt. Am 22. Mai 1987 ist im Umweltausschuß mit den Stimmen der
ÖVP, SPÖ und FPÖ ein gemeinsamer geänderter Entschliebungsantrag
im Ausschuß beschlossen worden, der am 4.11.1987 im Nationalrat
angenommen wurde. Darin wurde der Bundesminister für Umwelt,
Jugend und Familie beauftragt, innerhalb von 3 Monaten einen
Bericht über die beabsichtigten Sofortmaßnahmen zur
Verwendungsbeschränkung von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen in
allen Bereichen, insbesondere in Spraydosen zu erstellen. Im
Oktober 1987 wurde vom Bundesminister für Umwelt, Jugend und
Familie dieser Bericht verspätet dem Nationalrat zugemittelt.

Da dieser Bericht in einer Reihe von Punkten Unvollständigkeiten und Widersprüche aufwies, wurde von der Abgeordneten Dkfm. Ilona Graenitz, Dr. Keppelmüller und Genossen bereits am 6.11.1987 erneut eine Anfrage an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie gerichtet (Anfrage 1193/J), in der um Klarstellungen und Ergänzungen ersucht wurde. Im Umweltausschuß vom 2. 12. 1987 wurde die Behandlung des Berichtes über die beabsichtigten Sofortmaßnahmen zur Verwendungsbeschränkung von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen in allen Bereichen, insbesondere in Spraydosen ausgesetzt und von Seiten der Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie vorerst eine ausführliche Beantwortung der Anfrage 1193/J betreffend den Bericht über die beabsichtigten Sofortmaßnahmen zur Verwendungsbeschränkung von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen in allen Bereichen, insbesondere in Spraydosen, gemäß der Entschließung des Nationalrates vom 4. Juni 1987, zugesagt.

Die Anfragebeantwortung vom 23.12.1987 der Anfrage 1193/J weist erneut erhebliche Lücken auf. Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wiederum nachfolgende

A N F R A G E N

1. Weshalb stimmen die Zahlen der Importsstatistik mit den Zahlen des Berichtes über die beabsichtigten Sofortmaßnahmen zur Verwendungsbeschränkung von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen in allen Bereichen, insbesondere in Spraydosen, hinsichtlich der Einfuhr von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen mengenmäßig nicht überein (immerhin handelt es sich doch um einen Bericht der Bundesregierung)? Aus welchen Informationsquellen stammen die 8.000 t Jahresimporte (Seite 16 des Berichtes), von denen angeblich 4.000 t auf dem Bereich der Treibgase entfallen? Wer hat diese Zahlen überprüft?

2. Wieso ist trotz der von Ihnen bereits am 14.6.1987 im Nationalrat, aufgrund von Verhandlungen mit der Industrie bekanntgegebenen versprochenen Senkung der Verwendung von Fluor-Kohlenwasserstoffen bei Treibgas von 25 % für 1987 ein höherer Jahresimport zu erwarten?
3. Wieso ist es nicht innerhalb von nunmehr eines halben Jahres möglich, eine Liste vorzulegen, die Möglichkeiten des Ersatzes von Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen durch Substitution bzw. neue Produkte aufzeigt und die Bereiche ausweist, bei denen derzeit kein Ersatz möglich ist? Der Hinweis auf die chemische Industrie ist wahrscheinlich nicht ausreichend, da auch andere Industrien (z.B. Mikrochipsproduktion, Elektroindustrie) Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffe importieren.
4. Wieso ist vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie nicht feststellbar, welcher Teil der nach Österreich gelieferten Verpackungsmaterialien mit Chlor-Fluor-Kohlenwasserstoffen geschäumt wurde?
5. Warum enthält der Bericht keine Vorschläge und keinen Zeit-horizont für Sofortmaßnahmen, wie z.B. eine bessere Information der Konsumenten über chlor-fluor-kohlenwasserstoffhaltige Produkte, die Abpumpung der Kühlflüssigkeit aus Kälteaggregaten vor der Verschrottung, die Einrichtung von Sammelstellen für nicht verbrauchte Spraydosen oder die Verbesserung des Recyclings geschäumter Kunststoffe? Immerhin sollte der vorzulegende Bericht den Nationalrat über zu treffende Sofortmaßnahmen informieren.